53. Jahrgang. № 176. Sonntag, 27. Juni 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäfts-Anzeigen aus der Privatsphäre (pro Zeile) 30 Pf., die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — Im Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Milch-Chocolade No. 600.** Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Grösstes Lager von **Gläsern für Gas und elektrisch** in Glühstrümpfen, Zylindern, Glühlampen in mehreren hundert Typen bei **Ebeling & Croener,** Bankstr. 11, Kronleuchter- und Lampengeschäft.

aber nur in Flaschen, wo Plakate aushängen.

Touristen-Anzüge, Pelerinen Lodenjoppen, Wettermäntel einzig grösste Auswahl im Spezial-Geschäft von **Jos. Fiechtl aus Tirol, 23 Schlossstrasse 23.**

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf.,** Marienstr. 20, 3 Raben.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühler, veränderlich.

Der Kaiser soll, dem „Lok.-Anz." zufolge, sehr verstimmt gegen die Konservativen sein; in Berliner politischen Kreisen rechnet man jetzt mit der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung.

Der Reichskanzler reichte gestern sein Entlassungsgesuch ein, das jedoch vom Kaiser abgelehnt wurde.

Reichskanzler Fürst Bülow und der Chef des Zivilkabinetts v. Valentini sind gestern 2 Uhr 55 Min. von Kiel nach Berlin zurückgereist.

Der Zentralausschuß der konservativen Partei veröffentlicht eine Erklärung, aus der man die Annahme herleitet, daß die Konservativen dem Reichskanzler entgegenkommen werden.

August Niemann, unser bekannter einheimischer Romanschriftsteller, feiert heute seinen 70. Geburtstag.

In Hamburg-Horn kommt heute das Deutsche Derby, in Auteuil der Grand Prix zum Austrag.

Infolge einer Anregung französischer Sozialpolitiker sind Verhandlungen im Gange, das Problem der Arbeitslosen-Versicherung international zu regeln.

In der Vendée wurde eine leichte Erderschütterung verspürt.

Die Verhandlungen der bulgarischen Regierung mit dem Vertreter der Orientbahnen haben zu einer endgültigen Verständigung geführt.

Der chauvinistische Vorstoß des Ministers Barthou.

Ein in letzter Zeit viel genanntes Mitglied des Kabinetts Clémenceau, der Minister der öffentlichen Arbeiten Barthou, hat dafür gesorgt, daß eine allzu zuversichtliche und hoffnungsfreudige Beurteilung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der französischen Republik auf die Kreise der unverbesserlichen Optimisten in Deutschland beschränkt bleibt. Mitten im tiefsten Frieden, wenn man so sagen darf, denn mit der Art der Erledigung des Casablanca-Zwischenfalles konnte auch der feinfühligste und begehrlichste französische Patriot mehr als zufrieden sein, hat Herr Barthou für nötig befunden, in öffentlicher Versammlung das deutsche Volk als den Feind schlechthin zu bezeichnen, dem man mit erhobener Stirn entgegensehen müsse. Er sprach dann von unbesiegbaren Hoffnungen, die jeden Franzosen bei dem Gedanken an den Verlust von 1870/71 erfüllen, und trank schließlich auf das Wohl des republikanischen Lothringen, offenbar in dem unausgesprochen gebliebenen Wunsche, daß das heutige Deutsch-Lothringen recht bald wieder dem republikanischen Frankreich zurückgegeben werden möge.

Das Ressort des Herrn Barthou, das Departement der travaux publics, hat mit der auswärtigen Politik, für die neben dem Ministerpräsidenten Herr Pichon verantwortlich ist, nichts zu schaffen. Und doch darf ein Mitglied der Regierung, das nach Maßgabe seiner Berufung ausschließlich im Dienste der inneren Verwaltung tätig sein sollte, sich unterfangen, ohne irgendeinen Auftrag, ja auch nur ohne Genehmigung des leitenden Staatsmannes politische Fragen aufzugreifen und öffentlich zu erörtern, deren Behandlung einzig und allein Sache des Auswärtigen Amtes ist? In dem monarchischen Deutschland wäre ein solcher Vorgang völlig unmöglich. Man stelle sich nur vor, daß etwa der Chef der Reichseisenbahnverwaltung, der mit dem preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten identisch ist, in der Weise, wie Herr Barthou es getan, sich Eigenmächtigkeiten herausnehmen sollte! Hier liegt ein sehr bemerkenswerter Unterschied zwischen monarchischer Staatsform und parlamentarischem Regiment, auf den diejenigen, die der Errichtung einer Parlamentsherrschaft in Deutschland das Wort reden, so nachdrücklich wie nur möglich hingewiesen werden müssen.

Natürlich ist diese, wie jede allgemein gehaltene Bemerkung nur cum grano salis zu verstehen. Man denke nur an gewisse Unterschiede zwischen England und Frankreich trotz der beiden Ländern gemeinsamen parlamentarischen Regierungsform. In England ist es ja ganz gewöhnliches Vorkommnis, daß der Generalpostmeister, der Unterrichtsminister oder der Präsident des Lokalverwaltungsamtes sich öffentlich mit Angelegenheiten der auswärtigen Politik befassen, von dem Chef des treasury office ganz zu schweigen, dessen Stellung und Aufgabe infolge der historischen Entwicklung wesentlich anders geartet sind als die des Staatssekretärs des Reichsschatzamts in Deutschland. Solange diese Staatsmänner über das unbedingt erforderliche Maß an Verständnis und Taktgefühl verfügen, solange sie nur sagen, was selbstverständlich oder aber durch eine vorangegangene autoritative Aeußerung der berufenen Leiter der auswärtigen Politik jeder Kritik entzogen ist, solange sie vor allem persönliche Motive völlig ausschalten und nur die Sache selbst zum Gegenstande ihrer Aeußerungen oder Forderungen machen, mag dieser Brauch wenig Bedenkliches haben. In England hat man mit solchen Gepflogenheiten im großen und ganzen keine üblen Erfahrungen gemacht. Daß es in Frankreich leider anders ist, beweist wieder einmal schlagend der Fall Barthou. Es ist ja nicht das erste Mal, daß ein französischer Staatsmann die eigene Not und Ratlosigkeit durch Entfesselung kriegerischer Eroberungs- und Rachegelüste auf das Ausland abzulenken sucht. Herr Barthou hat gewisse Taten französischer Machthaber anscheinend gut im Kopfe, und auch darin eifert er „berühmten" Vorbildern nach, daß er vor handgreiflichen Lügen nicht zurückschreckt. In Dombasle, im Departement Meurthe-et-Moselle, soll er auf eine vor einigen Monaten verlebte schreckliche Stunde hingedeutet und u. a. bemerkt haben: Frankreich fühlte sich durch eine unannehmbare Forderung verletzt. Aber Frankreich wollte sich nicht knechten lassen; schlimmer als der Tod sei ein Leben in Erniedrigung. Herr Barthou wird nicht in die Lage kommen, die Behauptung zu beweisen, die in diesen Worten liegt. Seitens der deutschen Regierung ist in der Casablanca-Angelegenheit — und nur um diese kann es sich handeln — in keinem Stadium der Verhandlungen eine Forderung gestellt worden, die für Frankreich unannehmbar sein oder seine Ehre verletzen konnte. Wie wäre auch sonst eine Einigung möglich gewesen, zumal doch Herr Barthou selbst sagt, daß Frankreich sich nicht hätte „knechten lassen"? Aber das Bedauerliche und für den sittlichen Gehalt dieses Ministers Bezeichnende ist, daß er wissentlich die falsche Behauptung aufgestellt hat. Herr Barthou hat als Kabinettsmitglied dem Ministerrate beigewohnt, in dem die deutschen Vorschläge zur Erledigung des Casablanca-Streites erörtert wurden. Er mußte wissen, daß keine der deutschen Noten einen Passus enthält, der im Sinne der Behauptung, die er in Dombasle aufgestellt hat, hätte gedeutet werden können.

Wie aber will es Herr Barthou vor sich selbst und vor seinem Lande verantworten, daß er eine Aeußerung getan hat, die notwendigerweise in Deutschland höchst unliebsam berühren und als eine neue Herausforderung nach Art der Unverschämtheit eines Delcassé verstanden werden muß? Gewiß, die deutsche Regierung wird um eines Barthou willen nicht einen Konflikt heraufbeschwören, sie wird für diese frivole und beleidigende Aeußerung nicht offizielle Genugtung verlangen. Dazu ist der Mann, von dem diese Aeußerung herrührt, zu unbedeutend, dazu sind die Motive, die ihn geleitet haben, zu durchsichtig und erbärmlich. Aber sicher ist auf der anderen Seite, daß derartige Invektiven nicht zur Besserung der deutsch-französischen Beziehungen beitragen können. Sicher ist vielmehr, daß die mühevolle und äußerst delikate Arbeit, die auf beiden Seiten geleistet wird, um die Nationen einander zu nähern, vernichtet werden muß, noch ehe sie erfolgreich sein kann, wenn ein Mitglied der französischen Regierung in dieser herausfordernden und beleidigenden Weise zu sprechen wagen darf.

Denn was beweist schließlich dieser chauvinistische Vorstoß des Herrn Barthou? Ein derartiges Auftreten in der Oeffentlichkeit, das einem derangierten Minister-Portefeuille zu neuem Ansehen verhelfen soll, kann doch nur Sinn und Zweck haben, wenn derjenige, der zu solchen Mitteln greift, mindestens mit der Wahrscheinlichkeit einer seinen Wünschen und Absichten entsprechenden Wirkung rechnen kann. Und das ist das Entscheidende, aber auch zugleich das Dankenswerte an dem ganzen Vorfall, daß durch ihn die Tatsache der unverminderten Stärke der französischen Revanche-Idee ans Licht gestellt ist. Wenn dem französischen, aus der Parlamentsmehrheit hervorgegangenen Politiker und Staatsmanne nichts mehr hilft, wenn er den Boden unter seinen Füßen wanken fühlt, wenn ihn alles verläßt und verlästert, dann ist — so war es immer, so ist es noch heut! — der Appell an den Haß gegen Deutschland die ultima ratio. Und diesen tausendfach belegten und jetzt durch den Fall Barthou erhärteten Tatbestand wird keine noch so schöne Pacifisten-Rede, keine noch so „imposante" Friedenskundgebung diesseits und jenseits der deutsch-französischen Grenze aus der Welt schaffen.

Im übrigen kann das deutsche Volk über Herrn Barthou ruhig zur Tagesordnung übergehen. Einen Mann, der um persönlicher und, wenn man es genau nimmt, materieller Interessen willen politische Leidenschaften, die in schwere Konflikte ausarten können, zu entfesseln sucht, kann nicht einmal die eigene Nation achten. Solche Großsprechereien lassen auch das deutsche Volk kalt. Sie erneuern ihm nur das Bewußtsein, daß in Frankreich der Revanchegedanke unvermindert fortlebt, und daß es gilt, in jeder Stunde auf der Hut und kampfbereit zu sein. Zur vollen Kampfbereitschaft gehört aber auch die finanzielle Rüstung, und diese um jeden Preis zu beschaffen, muß jetzt die ernsteste Sorge jedes Patrioten sein.

Zur Reichsfinanzreform.

Der Reichskanzler in Kiel.

Kiel. (Priv.-Tel.) Der Vortrag des Reichskanzlers beim Kaiser dauerte bis 11½ Uhr. Nach seiner Beendigung zog sich der Kaiser zur Erledigung anderweiter Regierungsgeschäfte zurück, während der Reichskanzler ein längeres Gespräch mit dem Chef des Zivilkabinetts Herrn v. Valentini auf dem Achterdeck der „Hohenzollern" hatte. Der Kaiser begab sich gegen 1 Uhr zum Frühstück auf die französische Jacht „Arcan" des Herrn Meunier. Der Reichskanzler blieb zum Frühstück auf der „Hohenzollern" zurück.

Kiel. Reichskanzler Fürst Bülow und der Chef des Zivilkabinetts v. Valentini sind 2 Uhr 55 Min von hier nach Berlin zurückgereist.

Berlin. (Priv.-Tel.) An unterrichteter Stelle glaubt man nicht, daß die Unterredung des Kaisers mit dem Fürsten Bülow in Kiel besondere Ueberraschungen bringen wird. Indem Fürst Bülow um diese Unterredung nachsuchte, hatte er lediglich die Absicht, sich der kaiserlichen Zustimmung zu seiner Auffassung zu vergewissern, daß er die Pflicht habe, auszuharren, um gleichsam als Geschäftsführer der verbündeten Regierungen zur Beseitigung der Finanznot des Reiches diejenigen Steuern, die auch vom Regierungsstandpunkte aus als annehmbar erscheinen, aus dem von der neuen Mehrheit zu beschließenden Steuerbündel herauszunehmen und zur Durchführung zu bringen. Man nimmt, dem „Lok.-Anz." zufolge, an, daß der Kaiser diese Auffassung, die nicht dem persönlichen Behagen des Fürsten Bülow, sondern der Forderung des Tages entspreche, wie man an Regierungsstellen betont, vollkommen billigen werde. Natürlich sei ja bei der Unsicherheit und Gespanntheit der Lage nicht ausgeschlossen, daß sich trotz der Uebereinstimmung in den Grundzügen schließlich doch eine Unstimmigkeit zwischen Kaiser und Kanzler ergeben könnte, die zu einem schnelleren Szenenwechsel führen müßte, als man zur Stunde noch für möglich hält.

Berlin. (Priv.-Tel.) Von angeblich sonst gut unterrichteter Seite geht dem „Lok.-Anz." die Mitteilung zu, daß der Kaiser sehr verstimmt gegen die Konservativen sei. Nicht nur wegen der Ablehnung der Erbanfallsteuer, sondern namentlich wegen eines Falles, der dem Kaiser erst gestern bekannt geworden sei. Infolgedessen habe der Kaiser gestern nachmittag den Reichskanzler telegraphisch ersuchen lassen, sofort nach Kiel zu kommen, worauf Fürst Bülow noch den letzten Hamburger Nachtzug benützte, um dem Wunsche des Kaisers alsbald zu entsprechen.

Fürst Bülow und die Konservativen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Zentralausschuß der konservativen Partei veröffentlicht folgende Erklärung: Der Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung die Vorlage betreffend eine Heranziehung der Kinder und Ehegatten zu einer Erbanfallsteuer abgelehnt. Damit ist ein wesentliches Hindernis für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform beseitigt. Es wird nunmehr Aufgabe der konservativen Fraktion des Reichstages sein müssen, mit allen Kräften danach zu streben, daß das große nationale Werk so schnell als möglich und in einer Weise zur Vollendung gelange, die das Einverständnis der verbündeten Regierungen zu finden vermag. Sie wird zu diesem Behufe auch vor Opfern eigener Ansichten im einzelnen nicht zurückschrecken dürfen, um dem deutschen Volke endlich die ersehnte Sicherheit für eine feste und dauernde Begründung der finanziellen Erfordernisse des Reiches zu verschaffen. — Aus dieser Erklärung wird die Annahme hergeleitet, daß die Konservativen dem Reichskanzler entgegenkommen und ihm dadurch sein Verbleiben erleichtern wollen, indem sie ihren Widerstand gegen eine andere Art der Besteuerung des Besitzes als durch eine Kotierungssteuer aufgeben. — Auch die „Tägl. Rundsch." erwähnt Gerüchte über eine Bereitwilligkeit der Konservativen zum angeblichen Einlenken derart etwa, daß die Rechte, nachdem sie in Sachen der Erbanfallsteuer „der Regierung ihren Willen aufgezwungen" hat, nunmehr willens ist, der Regierung hinsichtlich der als unannehmbar bezeichneten Kotierungs-, Mühlenumsatz- usw. Steuern entgegenzukommen.

Fertig ist der Etat, Friedrich Schlotzhauer